

## **1. Antrag an den 21. Gewerkschaftstag 2008 des dbb berlin**

**Antragsteller:**

gkl berlin

**Antrag betreffend:**

Hartz IV - befristet eingestellte Mitarbeiter

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Die Landesleitung wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass qualifizierte befristet eingestellte Mitarbeiter der Bundesagentur für Arbeit in unbefristete Arbeitsverhältnisse übernommen werden.

Begründung:

Aufgrund der zumeist bis Ende 2007 befristeten Arbeitsverträge ist eine qualifizierte und zeitnahe Bearbeitung in den JobCentern definitiv nicht mehr zu gewährleisten. Die Mitarbeiter/innen wurden geschult und haben den Dienstbetrieb aufrechterhalten. Ein Ausstieg aus dem Dienstbetrieb (durch Auslaufen der befristeten Verträge) ist nicht zu rechtfertigen.

Des Weiteren wird es schwer fallen, den Dienstbetrieb aufrecht zu erhalten, wenn die qualifizierten Mitarbeiter durch neu einzuarbeitende ersetzt werden.

Beschlussempfehlung  
der Antragskommission:  
(Landesvorstand des dbb berlin):

Annahme

Beschluss:

Angenommen - Abgelehnt - Arbeitsmaterial

## 2. Antrag an den 21. Gewerkschaftstag 2008 des dbb berlin

=====

**Antragsteller:**

gkl berlin

**Antrag betreffend:**

Ausweitung des Einstellungskorridors

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Die Landesleitung soll sich für die Ausweitung des Einstellungskorridors auf die allgemeine Verwaltung einsetzen.

Begründung:

Einstellungskorridore dürfen nicht nur überwiegend auf die Bereiche Schule, Justiz und Polizei beschränkt werden. Eine Durchmischung der Altersstruktur in der öffentlichen Verwaltung ist in Bezug auf die Überalterung dringend erforderlich. Ansonsten besteht die Gefahr, dass sich gegen über der Verwaltung zusätzlich zu dem allgemeinen Imageproblem in der Wahrnehmung der Bevölkerung auch noch ein Generationskonflikt entwickeln könnte. Intern geht die Möglichkeit zum Austausch von Erfahrungswissen gegen neue Impulse derzeit verloren.

Beschlussempfehlung  
der Antragskommission:  
(Landesvorstand des dbb berlin):

Annahme

Beschluss:

Angenommen - Abgelehnt - Arbeitsmaterial

### 3. Antrag an den 21. Gewerkschaftstag 2008 des dbb berlin

=====

**Antragsteller:**

gkl berlin

**Antrag betreffend:**

Übernahme nach bestandener Ausbildung

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Die Landesleitung wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass Auszubildende nach bestandener Abschlussprüfung zumindest in ein befristetes Arbeitsverhältnis auf zwei Jahre übernommen werden.

Begründung:

Im Falle einer Nichtübernahme bestehen für die Nachwuchskräfte kaum Chancen, auf dem freien Markt einen Arbeitsplatz zu finden, da die Ausbildung sehr spezifisch ist. Des Weiteren besteht nur ein geringer Anspruch auf Arbeitslosengeld. In den zwei Jahren hätten die Nachwuchskräfte ausreichend Zeit, sich beruflich neu zu orientieren bzw. sich in ihrer beruflichen Tätigkeit zu bewähren.

Beschlussempfehlung  
der Antragskommission:  
(Landesvorstand des dbb berlin):

Annahme

Beschluss:

Angenommen - Abgelehnt - Arbeitsmaterial

#### **4. Antrag an den 21. Gewerkschaftstag 2008 des dbb berlin**

=====

**Antragsteller:**

gkl berlin

**Antrag betreffend:**

Arbeitsplatzstandards für Auszubildende

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Die Landesleitung wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass einheitliche und der jeweiligen Ausbildung angemessene Standards zu Einrichtung und Ausstattung von Arbeitsplätzen für Auszubildende geschaffen werden.

Begründung:

Noch immer werden Auszubildende auf nicht ausbildungsgerechten Arbeitsplätzen ausgebildet. Dies führt zu Demotivation und Verunsicherung. Speziell im EDV-Bereich ist an den Leistungen bzw. sogar an den Prüfungsergebnissen erkennbar, ob ein permanenter Zugang zu den Arbeitsmitteln gewährleistet ist. Ein dem Bedarf entsprechend vollwertig ausgestatteter Arbeitsplatz sollte daher verpflichtend für eine qualitativ hochwertig Ausbildung im öffentlichen Dienst sein.

Beschlussempfehlung  
der Antragskommission:  
(Landesvorstand des dbb berlin):

Annahme

Beschluss:

Angenommen - Abgelehnt - Arbeitsmaterial

## 5. Antrag an den 21. Gewerkschaftstag 2008 des dbb berlin

---

---

**Antragsteller:**

gkl berlin

**Antrag betreffend:**

Anpassung der Ausbildungsrahmenpläne

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Die Landesleitung wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass die Rahmenpläne für die Ausbildungen (speziell auch im kaufmännischen Bereich) im öffentlichen Dienst den heutigen Anforderungen angepasst werden.

Begründung:

Eine Reformierung der Ausbildungsrahmenpläne ist dringend erforderlich. Speziell im kaufmännischen Bereich (Verwaltungsfachangestellte/r, Fachangestellte/r für Bürokommunikation, Kauffrau/Kaufmann für Bürokommunikation) ist eine Anpassung an die Anforderungen auf dem freien Markt erforderlich.

Beschlussempfehlung  
der Antragskommission:  
(Landesvorstand des dbb berlin):

Annahme

Beschluss:

Angenommen - Abgelehnt - Arbeitsmaterial

## 6. Antrag an den 21. Gewerkschaftstag 2008 des dbb berlin

=====

**Antragsteller:**

gkl berlin

**Antrag betreffend:**

Ausbildungseignungsverordnung

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Die Landesleitung wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass die Ausbildungseignungsverordnung wieder in Kraft gesetzt wird.

Begründung:

Um die Qualität der Ausbildung im öffentlichen Dienst zu gewährleisten, ist es dringend erforderlich, dass die Ausbilder geschult sind. Dies ist Voraussetzung für die Ablegung der Ausbildungseignerprüfung vor der IHK. Die Prüfung schließt eine pädagogische Schulung ein, welche gerade in heutigen Zeiten bei der Ausbildung von jungen Menschen dringend erforderlich ist.

Es ist deutlich erkennbar, dass die Ausbilder ohne diese Ausbildung der Aufgabe der qualitativ hochwertigen Ausbildung der Auszubildenden in der öffentlichen Verwaltung nicht gewachsen sind.

Beschlussempfehlung  
der Antragskommission:  
(Landesvorstand des dbb berlin):

Annahme

Beschluss:

Angenommen - Abgelehnt - Arbeitsmaterial

## 7. Antrag an den 21. Gewerkschaftstag 2008 des dbb berlin

---

---

**Antragsteller:** gkl berlin

**Antrag betreffend:** Lernmittelfreiheit

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Die Landesleitung wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass den Auszubildenden die Lernmittel wieder kostenfrei zur Verfügung stehen.

**Begründung:** Die Lernmittel (z. B. Gesetzestexte) werden von den Auszubildenden für die Wahrnehmung ihrer Dienstpflichten benötigt. Stehen diese nicht zur Verfügung, ergeben sich im theoretischen wie auch praktischen Ausbildungsbereich erhebliche Probleme.

**Beschlussempfehlung  
der Antragskommission:  
(Landesvorstand des dbb berlin):** Annahme

**Beschluss:** Angenommen - Abgelehnt - Arbeitsmaterial

## 8. Antrag an den 21. Gewerkschaftstag 2008 des dbb berlin

---

**Antragsteller:** gkl berlin

**Antrag betreffend:** Beihilfearbeitung

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Die Landesleitung möge sich beim Senator für Inneres und Sport dafür einsetzen, dass die Bearbeitung von Beihilfeanträgen im Land Berlin höchstens 20 Kalendertage ab Antragseingang beträgt.

**Begründung:** Die Beihilfeberechtigten müssen zunehmend Krankheitskosten ohne Beihilfenzuzahlungen allein tragen. Hierdurch verringern sich ihre Bezüge erheblich. Sie sind dadurch auf eine schnelle Beihilfenzahlung angewiesen. Insbesondere Seniorinnen und Senioren, die vermehrt Krankheitskosten und geringer Bezüge als die aktiven Beamten haben, benötigen schnelle Beihilfenzahlungen.

Beschlussempfehlung  
der Antragskommission:  
(Landesvorstand des dbb berlin): Annahme

Beschluss: Angenommen - Abgelehnt - Arbeitsmaterial

## 9. Antrag an den 21. Gewerkschaftstag 2008 des dbb berlin

=====

**Antragsteller:**

gkl berlin

**Antrag betreffend:**

Änderungen des LGG durch die beabsichtigte Änderung des PersVG Berlin

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Der dbb berlin soll sich auf allen politischen Ebenen weiter dafür einsetzen, dass die dem Abgeordnetenhaus von Berlin durch den Senat mit dem 7. PersVG-Änderungsgesetz vorgelegten Änderungen des Landesgleichstellungsgesetz Berlin (LGG) nicht beschlossen werden.

**Begründung:**

Der im Entwurf zur Änderung des PersVG neu hinzukommende § 99d regelt u. a., dass die Beteiligung der Frauenvertreterin bei Einstellung von Personal an Schulen bei befristeten Verträgen abweichend von der geltenden Regelung des § 17 Abs. 2 Satz 4 des LGG zeitgleich mit der Beteiligung des Personalrates mit der Maßgabe erfolgt, dass die Frauenvertreterin nur noch Gelegenheit zur Stellungnahme innerhalb von fünf Arbeitstagen erhält. Dies löst einen unheimlichen Zeitdruck aus, so dass eine echte Überprüfung der Einstellungsvorgänge durch die Frauenvertreterin nicht mehr möglich ist. Gleichzeitig wird geregelt, dass § 18 des LGG keine Anwendung findet. Das heißt, die Möglichkeit der Beanstandung bei diesen Einstellungsverfahren ist für die Frauenvertreterin nicht mehr gegeben. Damit entfällt das schärfste Schwert für die Frauenvertretung. Um den Anfängen zu wehren, muss hier politisch gegen gehalten werden.

**Beschlussempfehlung  
der Antragskommission:**

(Landesvorstand des dbb berlin):

Annahme; zusammen mit Antrag Nr. 12

**Beschluss:**

Angenommen - Abgelehnt - Arbeitsmaterial

## **10. Antrag an den 21. Gewerkschaftstag 2008 des dbb berlin**

=====

**Antragsteller:** gkl berlin

**Antrag betreffend:** Altersteilzeit für Beamtinnen und Beamte

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Der dbb berlin soll sich auf allen politischen Ebenen weiter dafür einsetzen, dass die dem Abgeordnetenhaus von Berlin durch den Senat vorgelegten Änderungen der geltenden gesetzlichen Regelungen zur Altersteilzeit für Beamtinnen und Beamte (§ 35 c LBG) nicht beschlossen werden. Die Altersteilzeit für die Beamtinnen und Beamten ist auch wieder in der bis zum 16. Oktober 2006 geltenden Fassung des § 35 c LBG in allen möglichen Varianten zu ermöglichen.

**Begründung:** Ziel ist, die Ungleichbehandlung zwischen den tariflich beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und den Beamtinnen und Beamten aufzugeben.

Beschlussempfehlung  
der Antragskommission:  
(Landesvorstand des dbb berlin): Annahme; zusammen mit Antrag Nr. 13

**Beschluss:** Angenommen - Abgelehnt - Arbeitsmaterial

## 11. Antrag an den 21. Gewerkschaftstag 2008 des dbb berlin

---

**Antragsteller:**

gkl berlin

**Antrag betreffend:**

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Der dbb berlin soll sich auf allen gewerkschaftlichen und politischen Ebenen dafür einsetzen, dass verstärkt Maßnahmen ergriffen und unterstützt werden, die sich auf eine bessere Vereinbarkeit von Familien und Beruf beziehen. Hierbei sollte das Audit „Beruf und Familie“ als ein hilfreiches Instrument gegenüber den öffentlichen Arbeitgebern eingefordert werden.

Begründung:

Ziel ist, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie stärker zu fördern. Das Spannungsfeld zwischen Berufs- und Familienleben, das u. a. durch starre Arbeitsbedingungen geprägt ist und auch ein Grund für niedrige Geburtsraten ist, muss aufgebrochen werden. Flexibilisierung der Arbeitszeiten, Einführung bzw. der Ausbau von Telearbeitsplätzen, Eingliederung während und nach der Elternzeit, Angebote zur Kinderbetreuung sowie Vereinbarkeit der Berufstätigkeit mit der Pflege von Angehörigen könnten die Probleme der Vereinbarkeit von Beruf und Familie verringern.

Beschlussempfehlung  
der Antragskommission:  
(Landesvorstand des dbb berlin):

Annahme; zusammen mit Antrag Nr. 14

Beschluss:

Angenommen - Abgelehnt - Arbeitsmaterial

## 12. Antrag an den 21. Gewerkschaftstag 2008 des dbb berlin

---

---

**Antragsteller:**

DBB-Frauenvertretung

**Antrag betreffend:**

Änderungen des LGG durch die beabsichtigte Änderung des PersVG Berlin

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Der dbb berlin soll sich auf allen politischen Ebenen weiter dafür einsetzen, dass die dem Abgeordnetenhaus von Berlin durch den Senat mit dem 7. PersVG-Änderungsgesetz vorgelegten Änderungen des Landesgleichstellungsgesetz Berlin (LGG) nicht beschlossen werden.

**Begründung:**

Der im Entwurf zur Änderung des PersVG neu hinzukommende § 99d regelt u. a., dass die Beteiligung der Frauenvertreterin bei Einstellung von Personal an Schulen bei befristeten Verträgen abweichend von der geltenden Regelung des § 17 Abs. 2 Satz 4 des LGG zeitgleich mit der Beteiligung des Personalrates mit der Maßgabe erfolgt, dass die Frauenvertreterin nur noch Gelegenheit zur Stellungnahme innerhalb von fünf Arbeitstagen erhält. Dies löst einen unheimlichen Zeitdruck aus, so dass eine echte Überprüfung der Einstellungsvorgänge durch die Frauenvertreterin nicht mehr möglich ist. Gleichzeitig wird geregelt, dass § 18 des LGG keine Anwendung findet. Das heißt, die Möglichkeit der Beanstandung bei diesen Einstellungsverfahren ist für die Frauenvertreterin nicht mehr gegeben. Das einzige Kampfmittel, welches der Frauenvertreterin gegeben ist, wird damit ausgehebelt. Im Grunde genommen, wird damit die Beteiligung der Frauenvertreterin insgesamt komplett überflüssig. Um den Anfängen zu wehren, muss hier politisch gegen gehalten werden.

**Beschlussempfehlung  
der Antragskommission:**

(Landesvorstand des dbb berlin):

Annahme; zusammen mit Antrag Nr. 9

**Beschluss:**

Angenommen - Abgelehnt - Arbeitsmaterial

### **13. Antrag an den 21. Gewerkschaftstag 2008 des dbb berlin**

=====

**Antragsteller:** DBB-Frauenvertretung

**Antrag betreffend:** Altersteilzeit für Beamtinnen und Beamte

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Der dbb berlin soll sich auf allen politischen Ebenen weiter dafür einsetzen, dass die dem Abgeordnetenhaus von Berlin durch den Senat vorgelegten Änderungen der geltenden gesetzlichen Regelungen zur Altersteilzeit für Beamtinnen und Beamte (§ 35 c LBG) nicht beschlossen werden. Die Altersteilzeit für die Beamtinnen und Beamten ist auch wieder in der bis zum 16. Oktober 2006 geltenden Fassung des § 35 c LBG in allen möglichen Varianten zu ermöglichen.

**Begründung:** Ziel ist, die Ungleichbehandlung zwischen den tariflich beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und den Beamtinnen und Beamten aufzugeben.

Beschlussempfehlung  
der Antragskommission:  
(Landesvorstand des dbb berlin): Annahme; zusammen mit Antrag Nr. 10

**Beschluss:** Angenommen - Abgelehnt - Arbeitsmaterial

## 14. Antrag an den 21. Gewerkschaftstag 2008 des dbb berlin

---

**Antragsteller:**

DBB-Frauenvertretung

**Antrag betreffend:**

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Der dbb berlin soll sich auf allen gewerkschaftlichen und politischen Ebenen dafür einsetzen, dass verstärkt Maßnahmen ergriffen und unterstützt werden, die sich auf eine bessere Vereinbarkeit von Familien und Beruf beziehen. Hierbei sollte das Audit „Beruf und Familie“ als ein hilfreiches Instrument gegenüber den öffentlichen Arbeitgebern eingefordert werden.

Begründung:

Ziel ist, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie stärker zu fördern. Das Spannungsfeld zwischen Berufs- und Familienleben, das u. a. durch starre Arbeitsbedingungen geprägt ist und auch ein Grund für niedrige Geburtsraten ist, muss aufgebrochen werden. Flexibilisierung der Arbeitszeiten, Einführung bzw. der Ausbau von Telearbeitsplätzen, Eingliederung während und nach der Elternzeit, Angebote zur Kinderbetreuung sowie Vereinbarkeit der Berufstätigkeit mit der Pflege von Angehörigen könnten die Probleme der Vereinbarkeit von Beruf und Familie verringern.

Beschlussempfehlung  
der Antragskommission:  
(Landesvorstand des dbb berlin):

Annahme; zusammen mit Antrag Nr. 11

Beschluss:

Angenommen - Abgelehnt - Arbeitsmaterial

## 15. Antrag an den 21. Gewerkschaftstag 2008 des dbb berlin

=====

**Antragsteller:**

Verkehrsgewerkschaft GDBA Region Nordost

**Antrag betreffend:**

Schienen-Personen-Nahverkehr

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Keine Benachteiligung der Unternehmen der DB AG bei Ausschreibung der Leistungen im Schienen-Personen-Nahverkehr - auch die Mitarbeiter der Deutschen Bahn AG sind Einwohner und Wähler im Land Berlin.

Begründung:

Der dbb berlin fordert die Landesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Deutsche Bahn AG und ihre Töchter bei den europaweiten Ausschreibungen des Schienen-Personen-Nahverkehrs nicht benachteiligt werden. Gesunde Konkurrenz belebt das Geschäft und eröffnet allen Beteiligten Möglichkeiten zur Attraktivität des Schienen-Personen-Nahverkehrs, um damit zum gesamtgesellschaftlichen Wohl beizutragen. Die Bestrebungen anderer Verkehrsunternehmen, mit veralteter umweltbelastender Technik und mangelhaftem Know-how oder mit Landeszuschüssen bezahlten Neufahrzeugen zu Dumpingpreisen auf dem Nahverkehrsnetz Fuß zu fassen, haben Auswirkungen auf die Umwelt, die Sicherheit und nicht zuletzt auf die Zukunft der Eisenbahnerinnen und Eisenbahner.

Es dar nicht sein, dass auf Biegen und Brechen Konkurrenz auf die Schiene geholt wird, um die DB AG zu zwingen von ihren bewährten Standards und der Besetzung von Arbeitsplätzen einschließlich der Bezahlung Abstriche zu machen.

Aus wirtschafts-, umwelt- und sozialpolitischen Gründen fordern die Mitglieder der Verkehrsgewerkschaft GDBA:

- Gleichbehandlung aller Bewerber
- Keine Benachteiligung der Bahn bei der Vergabe von Nahverkehrsleistung
- Keine finanzielle Bevorteiligung „Dritter“ durch Bund und Länder
- Zulassung „Dritter“ nur unter Einhaltung aller zum Bahnbetrieb erforderlichen Sicherheitsstandards

Beschlussempfehlung  
der Antragskommission:  
(Landesvorstand des dbb berlin):

Der Antrag wird in folgender Fassung zur Annahme empfohlen:

Der dbb berlin fordert die Landesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Deutsche Bahn AG und ihre Töchter bei den europaweiten Ausschreibungen des Schienen-Personen-Nahverkehrs nicht benachteiligt werden.

Beschluss:

Angenommen - Abgelehnt - Arbeitsmaterial

## 16. Antrag an den 21. Gewerkschaftstag 2008 des dbb berlin

=====

**Antragsteller:**

Verkehrsgewerkschaft GDBA Region Nordost

**Antrag betreffend:**

Öffentlicher Nahverkehr

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Der dbb berlin möge sich bei der Landesregierung dafür einsetzen, dass sich der öffentliche Nahverkehr in Berlin auf die demografische Entwicklung in unserem Land langfristig vorbereitet und den öffentlichen Nahverkehr verstärkt ausbaut.

Begründung:

Aufgaben der städtischen Verkehrsplanung und -politik, die aus dem demografischen Wandel und dessen Folgen für die öffentlichen Haushalte resultieren, sind bereits heute absehbar und entsprechend langfristig vorzubereiten.

Diese betreffen zunächst die Infrastrukturplanung und die Unterhaltungskosten der bestehenden Verkehrsinfrastrukturen. Auch der öffentliche Nahverkehr muss in mehrfacher Hinsicht auf die absehbaren Entwicklungen vorbereitet werden: in einigen Stadtgebieten schrumpft die Bevölkerung, die Mobilitätsbedürfnisse verändern sich, ältere Bewohner nutzen verstärkt öffentliche Verkehrsmittel, aber zu anderen Zeiten als Berufstätige.

Die Entwicklung des öffentlichen Nahverkehrs in einer Großstadt ist nicht nur von den Haushaltsmitteln abhängig zu machen, sondern die Nachfrageentwicklung basiert insbesondere auch auf ein vorhandenes Angebot. Dies ist der demografischen Entwicklung anzupassen.

Beschlussempfehlung

der Antragskommission:

(Landesvorstand des dbb berlin):

Annahme

Beschluss:

Angenommen - Abgelehnt - Arbeitsmaterial

## 17. Antrag an den 21. Gewerkschaftstag 2008 des dbb berlin

=====

**Antragsteller:**

Verkehrsgewerkschaft GDBA Region Nordost

**Antrag betreffend:**

Verteilung der Regionalisierungsmittel entsprechend der Leistung

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

der dbb berlin fordert die Landesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Mittel aus dem Regionalisierungsgesetz auch ihrem Verwendungszweck zukommen und nicht zweckentfremdet werden. Die Mittel müssen entsprechend der Verkehrsleistung verwendet werden.

Darüber hinaus fordert der dbb berlin den Senat auf, regelmäßig über die Verwendung der Regionalisierungsmittel öffentlich Bericht zu erstatten.

**Begründung:**

Die gesetzlichen Regelungen unterscheiden zwischen Straßenpersonennahverkehr (Bus, U-Bahn, Straßenbahn) und Schienenpersonennahverkehr (Regionalverkehr auf der Schiene, S-Bahn). Der Schienenpersonennahverkehr profitiert vor allem von Mittelzuweisungen aus dem Regionalisierungsgesetz.

Der gesetzlich geregelte Straßennahverkehr ist laut Personenbeförderungsgesetz eigenwirtschaftlich zu betreiben. Das heißt, er wird nichtsdestotrotz reichlich mit öffentlichem Geld bezuschusst. Dazu gehören Mittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, für den Schüler- und Schwerbehindertentransport, Regionalisierungsmittel sowie Infrastrukturfinanzierungen durch Kommunen und Zuschüsse aus Gewinnen des kommunalen Querverbands. Die Zahlungen gehen meist direkt an die Verkehrsunternehmen. Mit dem RegG sollte der Nahverkehr der Eisenbahn langfristig auf eine sichere finanzielle Grundlage gestellt werden.

Die Bundesländer veröffentlichen die Einnahmen und Ausgaben der Regionalisierungsmittel leider nur unzureichend. Es ist auch nicht auszuschließen, dass ein Teil dieser Mittel stattdessen zur Haushaltssanierung zweckentfremdet genutzt wird.

Wichtiges verkehrspolitisches Ziel muss „mehr Verkehr auf die Schiene“ sein, dies war auch erklärtes Ziel der Bahnreform.

Beschlussempfehlung  
der Antragskommission:  
(Landesvorstand des dbb berlin):

Annahme

Beschluss:

Angenommen - Abgelehnt - Arbeitsmaterial

## **18. Antrag an den 21. Gewerkschaftstag 2008 des dbb berlin**

=====

**Antragsteller:**

DPolG Berlin

**Antrag betreffend:**

Wiedereinführung / Anhebung der jährlichen Sonderzuwendungen

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Der dbb berlin setzt sich bei den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst dafür ein, dass die Sonderzuwendungen (Urlaubs- und Weihnachtsgeld) steuerfrei gestellt und unter Berücksichtigung der Bundesregelungen in anderen Bundesländern angehoben werden.

Begründung:

In den meisten Bundesländern werden deutlich höhere Sonderzuwendungen, die vielfach auch steuerfrei gestellt sind an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes gezahlt. Dieser Entwicklung muss auch im Land Berlin Rechnung getragen werden.

Beschlussempfehlung  
der Antragskommission:  
(Landesvorstand des dbb berlin):

Annahme

Beschluss:

Angenommen - Abgelehnt - Arbeitsmaterial

## 19. Antrag an den 21. Gewerkschaftstag 2008 des dbb berlin

---

**Antragsteller:**

DPolG Berlin

**Antrag betreffend:**

Wiederherstellung der Ruhegehaltsfähigkeit von Zulagen

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Der dbb berlin setzt sich dafür ein, dass die „Polizeizulage“ wieder ruhegehaltsfähig wird und die anderen z. Z. gezahlten Zulagen weiterhin ruhegehaltsfähig bleiben.

Begründung:

Auf Grund des Wegfalls der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage seit dem 01.01.2008 in Berlin, kommt es zu deutlichen Einbußen bei den neuen Versorgungsempfängern. Es gilt, diesen Zustand rückgängig zu machen und gleichzeitig zu verhindern, dass weitere Zulagen aus der Berechnung der Versorgungsbezüge herausgenommen werden.

Beschlussempfehlung  
der Antragskommission:  
(Landesvorstand des dbb berlin):

Annahme

Beschluss:

Angenommen - Abgelehnt - Arbeitsmaterial

## 20. Antrag an den 21. Gewerkschaftstag 2008 des dbb berlin

---

**Antragsteller:**

DPolG Berlin

**Antrag betreffend:**

Verbesserung der Einkommensentwicklung für Beamte und Beamtinnen und Versorgungsempfänger/innen

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Der dbb Berlin setzt sich dafür ein, dass weiter Sonderopfer von Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern im Bereich der Besoldung, Versorgung, Teilzeit / Alterteilzeit und Beihilfe unterbleiben.

**Begründung:**

In der Vergangenheit haben Beamtinnen und Beamte sowie Versorgungsempfänger und Versorgungsempfängerinnen erhebliche Vorleistungen und Sonderopfer erbracht. Die vielfältigsten Sparmaßnahmen der vergangenen Jahre, die niedrigen und zeitlich verschobenen Bezügeanpassungen, die Absenkung der Versorgungsbezüge sowie die Erhöhung der Arbeitszeit ohne finanziellen Ausgleich, haben die Einkommen der Beamtinnen und Beamten sowie der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger erheblich sinken lassen. Es ist dringend an der Zeit, die Einkommensverringerungen der letzten Jahre zu beseitigen und die Besoldung und Versorgung an die ständig steigenden Lebenshaltungskosten anzupassen.

Beschlussempfehlung  
der Antragskommission:  
(Landesvorstand des dbb berlin):

Annahme

Beschluss:

Angenommen - Abgelehnt - Arbeitsmaterial

## 21. Antrag an den 21. Gewerkschaftstag 2008 des dbb berlin

=====

**Antragsteller:**

DPolG Berlin

**Antrag betreffend:**

Anpassung der Rentenwerte „Ost“ an die Rentenwerte „West“

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Der dbb Berlin setzt sich dafür ein und fordert den Senat von Berlin dazu auf, seinen Einfluss gegenüber der Bundesregierung darauf geltend zu machen, dass der aktuelle Rentenwert „Ost“ schrittweise, bis spätestens 2016, an den aktuellen Rentenwert „West“ angeglichen wird.

**Begründung:**

Die Bürger in den neuen Bundesländern erwarten 18 Jahre nach der Einheit Deutschlands, dass einheitliche Arbeits- und Lebensbedingungen einschließlich einer ausgewogenen Altersversorgung geschaffen werden. Die derzeitige Altersversorgung ist nach wie vor mit wesentlichen Mängeln behaftet. Besonders unverständlich ist es, dass es noch immer zwei Rentengebiete - West und Ost - gibt. Der Rentenwert „Ost“ muss endlich in klar definierten Stufen an den Rentenwert „West“ angeglichen werden.

Beschlussempfehlung  
der Antragskommission:  
(Landesvorstand des dbb berlin):

Der Antrag wird mit Antrag Nr. 24 zusammengefasst und zur Annahme empfohlen:

„Der dbb berlin fordert den Senat von Berlin und insbesondere die Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales dazu auf, seinen und ihren Einfluß gegenüber der Bundesregierung darauf geltend zu machen, dass der aktuelle Rentenwert „Ost“ schrittweise, bis spätestens 2016, an den aktuellen Rentenwert „West“, wie mehrfach zugesagt, angeglichen wird.“

Beschluss:

Angenommen - Abgelehnt - Arbeitsmaterial

## 22. Antrag an den 21. Gewerkschaftstag 2008 des dbb berlin

=====

**Antragsteller:**

BRH-Landesverband Berlin, Seniorenverband im BRH

**Antrag betreffend:**

1. Versorgungsausgleich für in der DDR vor 1992 Geschiedene und
2. Einbeziehung der Ingenieure und Ingenieur-Ökonomen der Zivilen Luftfahrt der DDR (Fluggesellschaft Interflug GmbH) in die zusätzliche Altersversorgung der technischen Intelligenz.

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Der dbb berlin unterstützt aktiv alle Bemühungen des dbb Bundes, die Anträge 404 und 406 einer positiven Lösung für diesen Personenkreis zuzuführen.

Begründung:

Zu 1.

17 Jahre nach der Wiedervereinigung gelten für Frauen der neuen Bundesländer trotz massiver Proteste noch immer nicht die gleichen Rechte. So erhalten die Betroffenen, die vor 1992 geschieden wurden, bis heute keinen Versorgungsausgleich. Es handelt sich um einen begrenzten Personenkreis, und die ohnehin anstehende Reform des Versorgungsausgleiches gibt Gelegenheit, diese überfällige Korrektur, die von einzelnen Landesregierungen im Osten seit längerer Zeit gefordert wird, anzupacken. Der dbb berlin sollte sich dafür einsetzen, dass der vorliegende Gesetzesentwurf entsprechend erglänzt wird.

Zu 2.

Ohne juristische Prüfung des tatsächlichen Sachverhaltes wird den ehemaligen Angehörigen der zivilen DDR-Luftfahrt ein Teil ihrer Rente, nämlich die zusätzliche Altersversorgung der technischen Intelligenz, durch die Deutsche Rentenversicherung Bund vorenthalten. Die Benachteiligung dieses Personenkreises ist zu beseitigen.

Beschlussempfehlung  
der Antragskommission:  
(Landesvorstand des dbb berlin):

Nach den Beschlussfassungen des Gewerkschaftstages des dbb im November 2007 ist der Antrag bereits erledigt.

Beschluss:

Angenommen - Abgelehnt - Arbeitsmaterial

## 23. Antrag an den 21. Gewerkschaftstag 2008 des dbb berlin

=====

**Antragsteller:**

BRH-Landesverband Berlin, Seniorenverband im dbb

**Antrag betreffend:**

Altersversorgung von Akademikern der NBL und Berlin, die in den öffentlichen Dienst der Bundesrepublik übernommen wurden und als Angestellte viele Jahre in verantwortlichen Positionen tätig waren.

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Der dbb berlin wird beauftragt, im Rahmen seines gewerkschaftspolitischen Handelns die Durchsetzung des auf dem dbb Gewerkschaftstag im November 2007 beschlossenen Antrags 398 aktiv und zeitnah zu unterstützen.

Begründung:

Die Professoren und leitenden Wissenschaftler im Angestelltenverhältnis mit einem Renteneintritt vom 01.07.1995 bis zum 31.12.2001 erhalten nur eine Sozialrente und diejenigen mit einem Renteneintritt ab 01.01.2002 zusätzlich zur Sozialrente eine Alterszusatzversorgung (AZV) der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder. Sie erreichen damit einen Versorgungsgrad, bezogen auf das letzte Brutto-Erwerbseinkommen, von 35 bzw. 45%, obgleich sie dieselben Aufgaben in Forschung und Lehre verrichtet haben wie ihre Berufskollegen in den alten Bundesländern. Ihre Lebensarbeitsleistung ist damit bis jetzt nicht annähernd anerkannt.

Beschlussempfehlung  
der Antragskommission:  
(Landesvorstand des dbb berlin):

Nach der Beschlussfassung des Gewerkschaftstages des dbb im Jahre 2007 ist der Antrag bereits erledigt.

Beschluss:

Angenommen - Abgelehnt - Arbeitsmaterial

## 24. Antrag an den 21. Gewerkschaftstag 2008 des dbb berlin

---

**Antragsteller:**

BRH Landesverband Berlin, Seniorenverband im dbb

**Antrag betreffend:**

Rentengerechtigkeit herstellen

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Der dbb berlin setzt sich in den zuständigen dbb Bundesgremien sowie bei der Berliner Landespolitik und den Berliner Bundestagsabgeordneten dafür ein, dass der aktuelle Rentenwert Ost in Stufen (nach dem ver.di-Modell) an den aktuellen Rentenwert West angeglichen wird.

Begründung:

Es war einzusehen, dass bei der Herstellung der deutschen Einheit ein Unterschied in den Rentenwerten nötig war. Aber zum heutigen Zeitpunkt, 17 Jahre nach der Wiedervereinigung, muss ein Weg gefunden werden, der die Angleichung der Renten ermöglicht. Seit Jahren stagniert diese Anhebung des Rentenwertes Ost, obwohl sich schon lange die Lebensverhältnisse in den neuen Bundesländern angeglichen haben. Durch die unterbliebenen weiteren Schritte zur Angleichung wurden die Rentnerinnen und Rentner in den neuen Bundesländern weitgehend von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt und ihr Lebensstandard auch dadurch verschlechtert. Dies kann und darf, auch wegen der nötigen und jetzt noch zu verstärkenden Solidarität zwischen Ost und West nicht mehr länger hingenommen werden.

Beschlussempfehlung  
der Antragskommission:  
(Landesvorstand des dbb berlin):

Beschlussfassung zusammen mit Antrag Nr. 21

Beschluss:

Angenommen - Abgelehnt - Arbeitsmaterial

## 25. Antrag an den 21. Gewerkschaftstag 2008 des dbb berlin

=====

**Antragsteller:**

BRH Landesverband Berlin, Seniorenverband im dbb

**Antrag betreffend:**

Gerechte Altersversorgung für die Mitarbeiter des Gesundheits- und Sozialwesens der DDR

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Der dbb berlin setzt sich dafür ein, dass der ungerechten rentenrechtlichen Behandlung früherer Mitarbeiter im ehemaligen Gesundheitswesen der DDR durch gesetzgeberisches Handeln abgeholfen wird.

**Begründung:**

Mitarbeiter des ehemaligen Gesundheits- und Sozialwesens der DDR, die länger als 10 Jahre in diesem Bereich eine Tätigkeit ausübten, bekamen eine schriftliche Rentenzusage auf das Alter. Im Rentenüberleitungsgesetz vom 01.01.1992 blieb dieser Eigentumsanspruch ohne Berücksichtigung. Die heutige Rente nach 40 Berufsjahren liegt im Durchschnitt bei ca. 700 Euro und verletzt so die Menschenwürde.

**Beschlussempfehlung  
der Antragskommission:  
(Landesvorstand des dbb berlin):**

Arbeitsmaterial; der Antragsteller wird gebeten, geeignete Unterlagen abgeschlossener Gerichtsverfahren vorzulegen.

**Beschluss:**

Angenommen - Abgelehnt - Arbeitsmaterial

## 26. Antrag an den 21. Gewerkschaftstag 2008 des dbb berlin

=====

**Antragsteller:**

DSTG

**Antrag betreffend:**

Übernahme modernes Tarifrecht

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Die Landesleitung möge sich dafür einsetzen, dass für die Arbeitnehmer/innen des Landes Berlin ein modernes Tarifrecht - ohne die beim Anwendungstarifvertrag vorgenommenen Kürzungen - spätestens nach Ablauf des 31.12.2009 übernommen wird.

Begründung:

Nachdem sich die Tariflandschaft in ganz Deutschland in Veränderung befindet, ist eine neue Regelung für den Tarifbereich im Land Berlin überfällig.

Beschlussempfehlung  
der Antragskommission:  
(Landesvorstand des dbb berlin):

Annahme

Beschluss:

Angenommen - Abgelehnt - Arbeitsmaterial

## 27. Antrag an den 21. Gewerkschaftstag 2008 des dbb berlin

=====

**Antragsteller:**

DSTG

**Antrag betreffend:**

Berechnung der künftigen Pension als Serviceleistung des dbb

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Die Landesleitung möge als Serviceleistung des dbb berlin den Mitgliedern aus dem Beamtenbereich eine Berechnung der zu erwartenden Pensionszahlungen anbieten.

Begründung:

Eine Vielzahl von Mitgliedern bekommen von ihren Personalstellen die Pensionen nicht mehr berechnet und erwarten dieses als Serviceleistung des dbb.

Beschlussempfehlung  
der Antragskommission:  
(Landesvorstand des dbb berlin):

Der Antrag wird in folgender Fassung zur Annahme empfohlen:

„Die Landesleitung möge sich dafür einsetzen, dass den Einzelmitgliedern des dbb berlin aus dem Beamtenbereich eine Berechnung der zu erwartenden Pensionszahlungen angeboten wird, z. B. durch die Versorgungsstelle des Landesverwaltungsamts oder durch von der Versorgungsstelle zu bestellende Versorgungsälteste.“

Beschluss:

Angenommen - Abgelehnt - Arbeitsmaterial

## 28. Antrag an den 21. Gewerkschaftstag 2008 des dbb berlin

---

**Antragsteller:**

DSTG

**Antrag betreffend:**

Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Die Landesleitung möge sich dafür einsetzen, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes des Landes Berlin an der allgemeinen Einkommensentwicklung durch eine angemessene Erhöhung ihrer Einkommen beteiligt werden.

Begründung:

In allen Bundesländern sind Einkommenserhöhungen gezahlt worden. Berlin darf hinter dieser Entwicklung nicht zurückbleiben.

Beschlussempfehlung  
der Antragskommission:  
(Landesvorstand des dbb berlin):

Annahme

Beschluss:

Angenommen - Abgelehnt - Arbeitsmaterial

## 29. Antrag an den 21. Gewerkschaftstag 2008 des dbb berlin

=====

**Antragsteller:**

DSTG

**Antrag betreffend:**

Rücknahme der Streichung bzw. Kürzung der Sonderzuwendungen bei den Beamten bis spätestens zum 31.12.2009

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Die Landesleitung möge sich dafür einsetzen, dass die Streichung des Urlaubsgeldes und die Kürzung des Weihnachtsgeldes bis spätestens zum 31.12.2009 rückgängig gemacht wird.

**Begründung:**

Der Solidarpakt sah im Kalenderjahr 2003 nicht nur die Kürzungen der Gehälter der Tarifbeschäftigten durch den Anwendungstarifvertrag vor, sondern auch das Abschmelzen der Sonderzuwendungen bei den Beamten. Wird der Tarifbereich durch Abschluss eines neuen Tarifvertrages finanziell wieder besser gestellt, müssen die Einkommensverbesserungen auch wieder im Beamtenbereich bei den Sonderzuwendungen vorgenommen werden.

Beschlussempfehlung  
der Antragskommission:  
(Landesvorstand des dbb berlin):

Annahme

Beschluss:

Angenommen - Abgelehnt - Arbeitsmaterial

### **30. Antrag an den 21. Gewerkschaftstag 2008 des dbb berlin**

=====

**Antragsteller:**

DSTG

**Antrag betreffend:**

Erhöhung der Fahrtkostenerstattung nach dem Bundesreisekostengesetz (BRKG)

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Die Landesleitung möge sich dafür einsetzen, dass im Land Berlin die Fahrtkostenerstattung der Außendienstbeschäftigten erhöht wird.

Begründung:

Durch die Erhöhung der Benzinkosten und der Kosten des Unterhalts für ein Fahrzeug ist die Anhebung der Fahrtkostenerstattung überfällig.

Beschlussempfehlung  
der Antragskommission:  
(Landesvorstand des dbb berlin):

Annahme

Beschluss:

Angenommen - Abgelehnt - Arbeitsmaterial

### **31. Antrag an den 21. Gewerkschaftstag 2008 des dbb berlin**

=====

**Antragsteller:**

DSTG

**Antrag betreffend:**

Wiederbelebung des Ideenmanagements in der Berliner Verwaltung

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

die Landesleitung möge sich dafür einsetzen, dass die Berliner Verwaltung dem Ideenmanagement wieder die Aufmerksamkeit zukommen lässt, die es bei Einführung der Verwaltungsreform schon einmal hatte.

**Begründung:**

Die ursprünglichen Gedanken zum Ideenmanagement erfahren in der Berliner Verwaltung zwischenzeitlich keine Umsetzung mehr. Das Potential für Verbesserungsvorschläge schlummert bei den Beschäftigten nunmehr seit geraumer Zeit wieder unentdeckt. Beschäftigte, die sich in der Vergangenheit am Ideenmanagement beteiligt haben, sind wegen der verschleppenden Bearbeitung von Ideen und Änderungsvorschlägen zwischenzeitlich inaktiv geworden.

Beschlussempfehlung  
der Antragskommission:  
(Landesvorstand des dbb berlin):

Annahme

Beschluss:

Angenommen - Abgelehnt - Arbeitsmaterial

## **32. Antrag an den 21. Gewerkschaftstag 2008 des dbb berlin**

=====

**Antragsteller:**

DSTG

**Antrag betreffend:**

Freistellung der Gesundheitskoordinatoren und Schaffung entsprechender Stellen im Haushalt

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Die Landesleitung möge sich dafür einsetzen, dass die notwendigen Konsequenzen aus der Dienstvereinbarung Gesundheitsmanagement gezogen und die Gesundheitskoordinatoren freigestellt und entsprechende Haushaltsstellen geschaffen werden.

Begründung:

Die Dienstvereinbarung schreibt die Freistellungen vor. Für die Umsetzung ist aber auch die Anmeldung der entsprechenden Haushaltsstellen notwendig.

Beschlussempfehlung  
der Antragskommission:  
(Landesvorstand des dbb berlin):

Annahme

Beschluss:

Angenommen - Abgelehnt - Arbeitsmaterial

### **33. Antrag an den 21. Gewerkschaftstag 2008 des dbb berlin**

=====

**Antragsteller:** Bund Deutscher Forstleute (BDF)

**Antrag betreffend:** Tarifvertragsdauer

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

In zukünftigen Tarifabschlüssen mit dem Land Berlin ist darauf zu achten, dass keine Tarifverträge mit einer Dauer von mehr als 24 Monaten abgeschlossen werden.

**Begründung:** Der Abschluss der AnwendungsTV von 2003 mit einer Laufzeit bis Ende 2009 hat zu einer damals nicht vorhersehbaren Einkommenseinbuße der Berliner Beschäftigten im Verhältnis zur bundesdeutschen Entwicklung geführt. Dies gilt es für die Zukunft unbedingt zu vermeiden.

**Beschlussempfehlung  
der Antragskommission:  
(Landesvorstand des dbb berlin):** Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an die dbb tarifunion

**Beschluss:** Angenommen - Abgelehnt - Arbeitsmaterial

### 34. Antrag an den 21. Gewerkschaftstag 2008 des dbb berlin

=====

**Antragsteller:** Bildungsgewerkschaften und -verbände im dbb berlin

**Antrag betreffend:** Verbesserung der Arbeitsbedingungen

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Der dbb berlin setzt sich dafür ein, dass die Berliner Pädagogen ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag in vollem Maße nachkommen können.

Daher fordert der dbb berlin von den Parteien im Abgeordnetenhaus, von Senator Zöllner und von der Verwaltung:

- Entlastung der Lehrer von Verwaltungsaufgaben und Abbau von zunehmender „Schulbürokratie“;
- Aufbau eines institutionalisierten und professionellen Unterstützungssystems um der steigenden Aufgabenvielfalt an den Schulen und Kindertageseinrichtungen gerecht zu werden;
- Einführung einer vernünftigen und effektiven Verwaltungsstruktur;
- Gegensteuerung der Überalterung der Lehrkräfte durch vermehrte Neueinstellungen;
- Etablierung einer langfristigen und nachvollziehbaren Schul- und Personalentwicklung;
- Reduzierung der Klassen- und Gruppengrößen und damit eine Verbesserung des Lehrer- bzw. Erzieher-Kind-Schlüssels;
- Ausreichendes Personal, um bei Ausfällen die Erziehungs- und Bildungsqualität gewährleisten zu können;
- Wahlfreiheit zwischen Ethik- und Religionsunterricht unter staatlicher Aufsicht;
- qualitätsgerechte Umsetzung der neuen Lehrpläne in den Schulen, sowie des Berliner Bildungsprogramms für die Kindertageseinrichtungen;
- Fortentwicklung des differenzierten Schulwesens;
- Eine gerechte Refinanzierung der Schulen in freier Trägerschaft;
- Wahlfreiheit zwischen jahrgangsgebundenen und jahrgangsübergreifenden Anfangsunterricht;
- Sowie dringend die Verbesserung der Rahmenbedingungen des Berliner Bildungswesens.

Begründung: wenn erforderlich mündlich

Beschlussempfehlung  
der Antragskommission:  
(Landesvorstand des dbb berlin): Annahme

Beschluss: Angenommen - Abgelehnt - Arbeitsmaterial